

Die Philosophische Gesellschaft Basel freut sich,  
alle Interessierten zu folgendem Vortrag einzuladen:

Prof. Dr. Heribert Prantl  
(Süddeutsche Zeitung München / Universität Bielefeld)

## Die Apfelbaum-Demokratie. Lob der Unruhe: Wie die Bürger neu politisiert werden

Freitag, 13.5.2011, 18.15 Uhr  
Hörsaal 102, Kollegienhaus, Petersplatz 1

Die repräsentative Demokratie in Deutschland lässt sich mit einem Apfelbaum vergleichen. Über die Jahre eigentlich ganz gut gewachsen, erweist sie sich an der einen oder anderen Stelle als verdorrt und krankheitsanfällig. Das zeigt sich nicht zuletzt am Widerstand der Bürger gegen das verkehrspolitische Grossprojekt „Stuttgart 21“ ihrer gewählten Vertreter. Dieses Projekt steht beispielhaft für die Herausforderungen, welche sich etablierten Demokratien durch eine über neue Medien mobilisierbare Zivilbevölkerung stellen. Wie Obstbäumen alte Äste abgeschnitten und neue Zweige eingepfropft werden, müssen auch repräsentative Demokratien durch den Einbau neuer Elemente ergänzt werden. Die Demokratien werden auf diese Weise nicht nur leistungsfähiger, sondern können zudem aufbrechende Legitimitätslücken schliessen. Zu diesen neuen Elementen gehören neben Schlichtung und Mediation auch direktdemokratische Instrumente wie Bürgerentscheide.

Heribert Prantl leitet seit 1995 das Ressort Innenpolitik und ist seit Januar 2011 Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung in München. Seit 2010 ist er Honorarprofessor an der Rechtsfakultät der Universität Bielefeld. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, der Geschichte und der Philosophie war Prantl als Anwalt, Richter und als Staatsanwalt in München tätig.

Der Publizist wurde für seine Veröffentlichungen vielfach ausgezeichnet. Unter anderem ist er Träger des Geschwister-Scholl-Preises und des Kurt-Tucholsky-Preises. Gelobt wird etwa seine „klare Stimme, die in der deutschen Publizistik ohnegleichen ist“. Das grosse publizistische Gewicht Prantls ist unter anderem auf sein dezidiertes und ernsthaftes Engagement für die Bürgerrechte zurückzuführen. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnete Prantl denn auch als den „dritten Senat“ des deutschen Bundesverfassungsgerichts.